

Windkraftbranche atmet auf

Berlin/Bremerhaven. Die Branche packte schon ihre Koffer, als die gute Nachricht die Runde machte: Am letzten Tag der EWEA Offshore-Messe in Frankfurt verkündete ein paar hundert Kilometer weiter in Berlin der Bundesumweltminister, dass ÖkoStrom vom Meer weiter mit 19 Cent pro Kilowattstunde gefördert werden soll. Das Aufatmen der Windstromerzeuger war weit über Frankfurt hinaus hörbar.

Von Christoph Barth

Vor Helgoland entsteht der Windpark „Meerwind Süd/Ost“, eines von einem Dutzend Projekten, die im Bau oder fest geplant sind. Danach jedoch droht erst einmal ein Auftragsloch.

„Die Branche hat wieder eine realistische Wachstumsperspektive“, sagt Heike Winkler, Sprecherin des Windradherstellers Areva Wind. Und ihre Kollegin Verena Puth von Repower ergänzt: „Es ist absehbar, dass offene Aufträge jetzt realisiert werden.“

Die Hersteller haben einiges an Aufträgen auf den Schreibtischen liegen: Areva soll Windräder für die Projekte „MEG 1“ vor Borkum und „Wikinger“ in der Ostsee bauen; Repower beliefert RWE für den Windpark „Innogy Nordsee 1“. Doch unter allen Aufträgen fehlt die letzte Unterschrift – die des Geldgebers.

Die Investoren sind verunsichert: Wie wird die Erzeugung von umweltfreundlichem Strom künftig gefördert? Zurzeit sieht das Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) eine Vergütung von 15 Cent pro Kilowattstunde Windstrom vom Meer vor, und das zwölf Jahre lang. Alternativ können sich die Windparkbetreiber auch 19 Cent zahlen lassen, das aber nur acht Jahre lang. Unter dem Strich kommt die gleiche Summe raus, aber nach dem sogenannten Stauchungsmodell – 19 Cent für acht Jahre – rentiert sich die Milliardeninvestition schneller.

Das ist für viele Investoren so attraktiv, dass sie auf eine Verlängerung des Modells drängen. Bislang soll die Regelung nur für Windparks gelten, die bis 2017 am Netz sind. Jetzt haben sich die Großkoalitionäre in Berlin darauf geeinigt, das Stauchungsmodell bis 2019 zu verlängern.

Wenn die Regelung im Koalitionsvertrag verankert wird, „gibt es für die Industrie keinen Grund mehr, weitere Investitionen in die Windparks auf See aufzuschieben“, frohlockt Meinhard Geiken, Bezirksleiter der IG Metall Küste. Die Industrie selbst drückt sich etwas vorsichtiger aus, spricht aber immerhin von einer „wichtigen Voraussetzung, um Weichen für die nächste Investitionsperiode für Offshore-Windprojekte stellen zu können“, so Jagna Jera, Sprecherin des Ökostromproduzenten RWE Innogy.

Damit verbessert sich auch die Perspektive für die rund 3500 Beschäftigten der Branche in den Ländern Bremen und Niedersachsen. Wegen der schlechten Auftragslage droht in einigen Werken in Bremerhaven, einem der Hauptproduktionsstandorte der Branche, ab Frühjahr 2014 Kurzarbeit. „Jetzt sehen wir das Licht am Ende des Tunnels, auf das wir gewartet haben“, sagt der Chef der Bremerhavener Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS, Nils Schnorrenberger. „Im nächsten Jahr kommen wieder Aufträge rein.“